

Dazu gehören ferner:

- Verhinderung der Entstehung von Tatentschlüssen bei Bürgern der DDR,
- Vorbeugungsgespräche,
- Verhinderung von provokativ-demonstrativen Handlungen,
- Entlassung aus der Staatsbürgerschaft in begründeten Fällen,
- Einschränkung und Unterbindung der Aktionen der Menschenhändlerbanden.

Dazu gehören auch das Erkennen, Entwickeln und Nutzen von Widersprüchen zwischen Bürgern des nichtsozialistischen Auslandes und ehemaligen DDR-Bürgern. Durch vielgestaltige politisch-operative Maßnahmen ist die Eingliederung ehemaliger DDR-Bürger in die gesellschaftlichen Verhältnisse der BRD oder Westberlins zu erschweren.

Mit gezielt zurückgeführten DDR-Bürgern, mit IM, OibE und offiziellen Kräften sind gefährdete Bürger unseres Staates zu beeinflussen, um sie von ihrem Vorhaben abzubringen bzw. bei schwankenden Personen die Motivbildung zum ungesetzlichen Verlassen zu verhindern.